



Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmond Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351**

Telefon 030 227 – 77 654
Fax 030 227 – 76 654
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4
47441 Moers
Telefon 02841 9980599
Fax 02841 9980588
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38
47798 Krefeld
Telefon 02151 319650
Fax 02151 8207611
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 8. Juni 2010

Bericht aus Berlin 08/2010

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem plötzlichen **Rücktritt von Horst Köhler** mussten wir schnell entscheiden, welche Persönlichkeit das Amt des Bundespräsidenten am besten ausfüllen kann. Die Menschen sind verunsichert. Viele haben den Verdacht, dass die Politik machtlos gegenüber den Märkten ist. Bei vielen hat das Vertrauen in die Kraft der Demokratie gelitten. Das Ansehen der Bundesregierung ist im Sturzflug. In dieser Lage kam es uns darauf an, einen wirklich überparteilichen und respektierten Kandidaten zu finden, der über die Lager hinweg Orientierung zu geben, Hoffnung zu wecken und Vertrauen wiederzugewinnen vermag. Wir haben der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel mehrfach angeboten, einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. Sie hatte aber offenbar weder den politischen Willen noch das Durchsetzungsvermögen, diesen Weg zu gehen. Ob aus Schwäche oder aus mangelnder Einsicht: Sie hat der kleinen parteipolitischen Taktik den Vorzug gegeben. Wir haben deshalb in enger Abstimmung mit Bündnis 90 / Die Grünen Joachim Gauck als neuen Bundespräsidenten vorgeschlagen. Er bezeichnet sich selbst als linker und liberaler Konservativer. Einer Partei gehört er nicht an und er schuldet keinem politischen Lager Gefolgschaft. Er spricht offen und öffnet dadurch die Auseinandersetzung über unsere Zukunft. Er vereint in seiner Person die Unabhängigkeit, die Integrität, die Lebenserfahrung und die



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

intellektuelle Kraft, um unserer Demokratie neues Selbstvertrauen zu geben und die Institution des höchsten Staatsamtes zu stärken.

Haushaltsdebatte

Unser Land steht vor großen sozialen Belastungsproben. Eine der größten ist die Antwort auf die Finanzmarktkrise und der **Ausweg aus der staatlichen Schuldenkrise**, die durch den Zusammenbruch der Kapitalmärkte erst heraufbeschworen wurde. Vor dieser Katastrophe, im Jahr 2008, hatten wir Deutschland auf einen hoffnungsvollen Konsolidierungskurs gebracht, und gesamtstaatlich schrieben die öffentlichen Haushalte eine schwarze Null. Nach dem Einbruch gingen Bund, Ländern und Kommunen wie nie zuvor Einnahmen verloren, es stiegen die Ausgaben und die Schulden schossen in die Höhe.

Wir erleben eine Zäsur. Die Handlungsfähigkeit des Staates, der soziale Zusammenhalt und die Zukunftsinvestitionen unserer Gesellschaft stehen auf dem Spiel. Klientel- und Subventionspolitik, Privilegien und Begünstigungen für Wohlhabende auf der einen, Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitslosen auf der anderen Seite spalten die Gesellschaft.

Deutschland braucht eine Neubestimmung der Politik.

Wie kommen wir zu einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Wer zahlt die Kosten und Folgekosten der Finanzmarktkrise.

Wie können die Lasten gerecht verteilt werden.

Nicht zuletzt: Wie verhindern wir kopflose Ausgabenkürzungen und einen neuen Konjunkturreinbruch?

Die schwarz-gelbe Koalition hat Anfang dieser Woche ein Papier mit zahlreichen Ankündigungen vorgestellt. Die Koalitionäre haben sich dabei selbst als besonders mutig gelobt. Dieses Pfeifen im Walde sollte immer misstrauisch machen. Denn nichts von dem, was angekündigt wurde, ist bisher politisch durchgesetzt. Mit Horst Seehofer fehlte der dritte Koalitionspartner bei der Pressekonferenz. Zudem bleiben überall offene Fragen, wie die in Tabellen zusammenaddierten Milliarden-Summen tatsächlich haushaltswirksam erbracht werden sollen. Das groß aufgeblasene Sparpaket kann in der kalten Luft der politischen Realität schnell als Soufflé enden, das jämmerlich in sich zusammenfällt.

Was Merkel und Westerwelle nach wochenlangem Streit produziert haben, wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Schwarz-Gelb zeigt kein Krisenbewusstsein und leitet keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Merkel hat keine Kraft und keinen Mut zur Korrektur. Wirkliches Umsteuern hätte



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

bedeutet, als erstes Klientelgeschenke und Steuerprivilegien im Umfang von 5,6 Mrd. Euro zurückzunehmen. Davon kein Wort. Da mutet es zynisch an, wenn das Papier behauptet, es werde in dieser Legislaturperiode keine neuen Subventionen geben. Nachdem Erben und Hotelketten bedient wurden, müssen jetzt Arbeitslose und Familien schwere Einschnitte hinnehmen.

Die Vorschläge sind schwammig und vage gerade dort, wo wirtschaftlich Starke und Gewinner der Krise herangezogen werden sollen. Beispiel „Beteiligung“ der Banken: Die konkret genannte Bankenabgabe ist eine Sonderabgabe für einen Branchenfonds, die nichts zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt. Die darüber hinaus versprochenen „weiteren Maßnahmen“ bleiben unbestimmt, und es ist schleierhaft, woher die angekündigten 2 Mrd. Euro Mehreinnahmen ab 2012 kommen sollen. Eine klassische Luftbuchung. Wo und wie mehr Energiesteuern eingenommen werden sollen, welche Industrien belastet und welche verschont werden, was es bringen soll, der Bahn jährlich 500 Mio. Euro zu entziehen, bleibt ein schwarz-gelbes Geheimnis.

Die Koalition ist zaghaft und zögernd bei der Finanzbranche, aber rücksichtslos behandelt sie Hartz-IV-Empfänger. Schwarz-Gelb ist schwach bei den Starken und stark nur gegen die Schwachen. Das ist menschlich armselig und politisch verheerend. Kapital wird geschont, Arbeit und Arbeitnehmer werden belastet. Arbeitslose und Familien sind die wahren Verlierer. Sie sollen jetzt die Zeche der Krise zahlen. Für sie gilt kein „mehr Netto vom Brutto“. Sie bekommen diese schwarz-gelbe Nettolüge als erstes zu spüren. Angela Merkel verschärft die Ungerechtigkeit der Lastenverteilung und spitzt die Vertrauenskrise in die Demokratie zu, wenn sie den Arbeitslosen die Rentenversicherung, das Elterngeld und den Heizkostenzuschuss streicht. Sie handelt kurzsichtig, wenn sie 1,8 Mrd. Euro auf Kosten der Gesetzlichen Rentenversicherung streicht. Sie agiert konzeptlos, wenn sie der Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren 16 Mrd. Euro entzieht. Auf diese Weise wird den Menschen, die Arbeit suchen, die Zukunft verbaut. Es droht der Zusammenbruch von Aktivierung und Förderung, die zu großen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben.

Angesichts dieser beschämenden Orientierungslosigkeit und Ungerechtigkeit kämpft die SPD für eine neue soziale Ordnung. Wir wollen einen neuen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien für die oberen Zehntausend. Ein sozialer Ausgleich, der auch Spitzenverdiener und Vermögende steuerlich angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt. Ein Pakt des Zusammenhalts, der vor allem das Kapital als Verursacher der Krise nicht aus der Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft entlässt.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Am 10. Juni trifft sich Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Länder zum so genannten Bildungsgipfel - es ist nun schon der dritte. Priorität für Bildung ist der Testfall auf unsere Zukunftsfähigkeit. Mehr Mittel für Bildung und Forschung, konkrete Ziele und zupackende Maßnahmen für ein besseres, leistungsfähigeres und gerechteres Bildungssystem sind notwendig. Zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung bis 2015: Das darf nicht infrage gestellt und auch zeitlich nicht verschoben werden. Die Länder tragen die Hauptverantwortung und den Löwenanteil der Bildungsausgaben. Wir unterstützen sie bei der Forderung, einen dauerhaft höheren Anteil an der Umsatzsteuer zu erhalten, um bessere Bildung verlässlich finanzieren zu können. Der Bund aber muss die richtigen Haushaltsentscheidungen treffen, damit der Lastenausgleich funktioniert. Dazu gehört, Klientelgeschenke für Erben, gewinnverlagernde Unternehmen und Hotels zurückzunehmen und auch die staatlichen Einnahmen durch einen „Bildungssoli“ der Bessergestellten zu verbessern.

Wir haben in den vergangenen Wochen eine bis ins Mark geschwächte Koalition erlebt. Das System Merkel trägt dafür die Verantwortung. Versagen in der Eurokrise; Nettolüge bei Steuerentlastungen, die nicht kommen; Unsicherheit über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken; Gesundheitsminister Rösler mit der großtuerisch angekündigten Kopfpauschale mehrfach vor die Wand gelaufen; Verteidigungsminister Guttenberg mit dem undiskutierten und unabgestimmten Vorschlag einer fundamentalen Wehrrreform erst schneidig vorgeprescht und dann schon in der eigenen Partei kläglich gescheitert; zu allem Überfluss ein erbärmlicher Koalitionsstreit, in dem sich Politiker von FDP und Union gegenseitig als „Wildsau“ und „Gurkentruppe“ beschimpfen - Deutschland fehlt eine Regierung, die diesen Namen verdient. Deshalb müssen und werden wir die politische Alternative jeden Tag erneut deutlich machen.

Euer



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Nationalen Bildungspakt für starke Bildungsinfrastrukturen schaffen

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu. Zur Verwirklichung dieses Rechtes muss Bildung als öffentliches Gut gesichert werden. Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, Bildung und Forschung oberste Priorität zu geben. Noch auf Initiative der Großen Koalition hat 2008 der erste Bildungsgipfel stattgefunden und das Versprechen gegeben, die Bildungs- und Forschungsausgaben deutlich auszuweiten. Spätestens 2015 sollen mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufgewendet werden. Auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 wurde der zusätzliche Mehrbedarf für Forschung auf rund 17 Mrd. Euro, allein für die Bildung auf mindestens 13 Mrd. Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für die Bildung mindestens 40 Prozent oder 5,2 Mrd. Euro der prognostizierten Lücke zu tragen. Bund und Länder stehen in der Pflicht, die gemachten Zusagen auch und gerade im Kontext der notwendigen Haushaltskonsolidierung einzulösen und den Mittelaufwuchs gemeinsam zu realisieren. Von den auch zur Einhaltung der Schuldenbremse erforderlichen Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten müssen die angekündigten Ausgabensteigerungen für Bildung und Forschung unberührt bleiben. Um die beiden Ziele Haushaltskonsolidierung und Bildungsfinanzierung miteinander in Einklang zu bringen sind Einnahmeverbesserungen unumgänglich. Ein Aufschlag auf den Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen ist hier ein geeignetes und sozial gerechtes Mittel. Die Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 10. Juni 2010 muss sicherstellen, dass unbeschadet der Zuständigkeiten und konkreten Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern die Mehrmittel zum vereinbarten Stichtag 2015 zur Verfügung stehen sowie zur nachhaltigen Stärkung des öffentlichen Bildungswesens genutzt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder einen nationalen Bildungspakt zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen auf den Weg bringen. Dieser muss sicherstellen: die gegenseitige Verpflichtung, bei den notwendigen Maßnahmen zur



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Haushaltskonsolidierung die Aufwendungen für Bildung und Forschung nicht zu kürzen, sondern wie vereinbart zu steigern; verbindliche Vereinbarungen für den weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsangebote sowie für eine schrittweise Gebührenfreiheit von Anfang an und für eine gemeinsame Initiative zur Überwindung des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbotes im Grundgesetz. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich über die Entwicklung der vereinbarten Maßnahmen des nationalen Bildungspaktes zu berichten.

Studienpakt für Qualität und gute Lehre jetzt durchsetzen

Wir nehmen die anhaltenden Proteste der Schülerinnen und Schüler und Studierenden als Zeichen für den bestehenden Reformbedarf im deutschen Bildungssystem überaus ernst. Die jungen Menschen demonstrieren und protestieren für bessere Lehr- und Lernbedingungen und für mehr Chancengleichheit in der Bildung – und damit für die Stärkung ihres Menschenrechts auf Bildung. Das verdient Anerkennung, Respekt und die Unterstützung des Deutschen Bundestages. Kritisiert werden insbesondere die Umsetzung der großen Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses sowie die in einigen unionsgeführten Ländern erhobenen Studiengebühren. Die Studierenden fordern bessere Studienbedingungen und eine verbesserte Studienfinanzierung sowie eine BAföG-Erhöhung. Die jungen Menschen fordern damit nur das ein, was ihnen auch zusteht: eine qualitativ gute und ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechende Ausbildung und Lehre. Unser Antrag „Studienpakt für Qualität und gute Lehre jetzt durchsetzen“ enthält einen umfassenden Forderungskatalog auch mit dem Ziel einer Überarbeitung der Bologna-Reform. Wichtig ist uns vor allem: Die Bachelor- und Master-Studienreform müssen länderübergreifend vergleichbar werden. Es muss sichergestellt werden, dass jeder Bachelorabsolvent einen Masterstudienplatz erhalten kann. Die Bundesregierung fordern wir auf, zügig einen Gesetzentwurf für eine BAföG-Novelle vorzulegen, der neben einer Erhöhung insbesondere auch die Erweiterung der Förderung enthält. Das von der Koalition angekündigte „nationale Stipendiensystem“ darf nicht umgesetzt werden, um die soziale Selektivität des



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bildungssystems nicht weiter zu verfestigen. Eine Verknüpfung des Stipendienprogramms mit der BAföG-Novelle lehnen wir ausdrücklich ab. Die Bundesregierung soll außerdem einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz vorlegen. Unser Ziel ist auch die Ermöglichung eines Wettbewerbs "Gute Lehre für alle", mit dem die vorbildhafte Verbindung von guten Ausbildungs- und Wissensvermittlungsleistungen mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag an Hochschulen prämiert wird. Darüber hinaus fordern wir, dass die Studienberatung und -betreuung deutlich ausgebaut und studienbegleitend auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet wird.

Langfristige Perspektive statt sachgrundloser Befristung

Inzwischen arbeitet jeder zehnte Arbeitnehmer ohne feste Stelle. Fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. Angesichts dieser Entwicklung fordern wir in unserem Antrag, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Sie wurde während der Kohl-Regierung eingeführt und hat nicht zu mehr Beschäftigungsverhältnissen geführt, sondern zu mehr Unsicherheit bei vielen Beschäftigten. Dies betrifft insbesondere diejenigen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen. Der Kündigungsschutz wird auf diese Weise immer mehr ausgehebelt. Junge Menschen, die eine Familie gründen wollen oder für das Alter vorsorgen, brauchen eine langfristige berufliche Sicherheit. Der Zusammenhang zwischen befristeter Beschäftigung und schlechten Arbeitsbedingungen liegt auf der Hand: Zum einen führt eine häufige Arbeitsplatzsuche zu Zugeständnissen beim Einkommen und bei den Arbeitsbedingungen. Zum anderen scheuen sich Beschäftigte, die auf eine Entfristung ihrer Stelle hoffen, auch während ihrer befristeten Beschäftigung, ihre Arbeitnehmerrechte wahrzunehmen; sie verzichten häufig auf tarifliche Ansprüche und gehen krank zur Arbeit. Unter Schwarz-Gelb sollen die befristeten Arbeitsverhältnisse darüber hinaus noch ausgedehnt werden. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren zu streichen. Gestrichen werden sollen auch die Befristungsmöglichkeiten ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von vier Jahren in den



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

ersten vier Jahren nach der Gründung eines Unternehmens sowie ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von fünf Jahren für Arbeitnehmer ab Vollendung des 52. Lebensjahres.

Laufzeitverlängerung nicht mehr durchsetzbar – Energiekonzept neu justieren – Energiepolitische Bremsen lösen

In Deutschland wird seit Ende 2009 zu wenig in die Energiezukunft investiert. Grund dafür ist die drohende Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die z. B. Investitionen von Stadtwerken und neuen Wettbewerbern unrentabel machen würden. Dem bisherigen Technologieführer Deutschland droht durch diese politisch motivierten Bremsen ein Verlust von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konkurrierenden Volkswirtschaften. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Ansinnen zur Verlängerung der Laufzeiten für Atomreaktoren in Deutschland aufzugeben. Unter diesen und weiteren Maßgaben soll das für Herbst angekündigte Energiekonzept entsprechend ausgerichtet werden. Weiterhin fordern wir die Maßgaben zu den erforderlichen Strukturentwicklungen für die einzelnen Verbrauchssektoren so zu setzen, damit eine perspektivische Entwicklung der Minderung von CO₂-Emissionen um bis zu 95 % bis 2050 sichergestellt werden kann.

Europäische Bürgerinitiative bürgerfreundlich gestalten

Durch den Vertrag von Lissabon wurde durch die Europäische Bürgerinitiative eingeführt. Die Europäische Bürgerinitiative ermöglicht eine direkte Teilnahme an dem politischen Prozess und kann somit die Akzeptanz der EU durch die Bürgerinnen und Bürger steigern. Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Mindestanzahl eine Million betragen und die aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten kommen, können die Europäische Kommission auffordern, in einem Bereich, für den die EU die Kompetenz innehat, initiativ zu werden. Die Europäische Kommission hat am 31. März 2010 einen Vorschlag für eine Ausgestaltung der Bürgerinitiative vorgelegt. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren könnte in diesem Jahr abgeschlossen werden. Somit könnten ab 2011 die ersten Europäischen Bürgerinitiativen in den politischen Prozess der EU eingebracht



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

werden. Die Bürgerinitiative muss so bürgerfreundlich wie möglich ausgestaltet werden. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, sich im Rat dafür einzusetzen, dass die Mindestanzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Unterstützungsbekundungen kommen müssen, im weiteren Gesetzgebungsprozess auf ein Viertel begrenzt wird. Derzeit ist vorgesehen, die Mindestanzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner kommen sollen, bei einem Drittel festzusetzen. Dies würde Unterschriften von Bürgerinnen und Bürger aus gegenwärtig neun Mitgliedstaaten erforderlich machen, was eine unverhältnismäßig hohe Hürde für den Erfolg einer Initiative darstellt. Die Bundesregierung soll sich auch dafür einsetzen, dass der Zeitraum für die Sammlung der Unterschriften auf 18 Monate ausgedehnt wird und dass im Verordnungsvorschlag die Möglichkeit der Überprüfung bzw. Anfechtung der Entscheidung der Kommission verankert wird. Wir fordern auch, bei den Beratungen im Rat durchzusetzen, dass das Erfordernis der Angabe einer persönlichen Identifikationsnummer durch Ausweisdokumente nicht verpflichtend ist, sondern auf Ebene der Mitgliedstaaten geregelt wird. Nur durch eine sehr bürgerfreundliche Ausgestaltung kann die Akzeptanz der Bürgerinitiative bei den Bevölkerungen erreicht und gestärkt werden.

Strategie Europa 2020

Ende dieses Jahres läuft die im Jahr 2000 auf dem Europäischen Rat in Lissabon beschlossene Lissabon-Strategie aus, mit der sich die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln sollte. Die bisherige Strategie hat die mit ihr verbundenen Erwartungen nicht erfüllt. Europa ist durch die Osterweiterung größer, pluraler und heterogener geworden. Die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte haben zugenommen. Europa steht am Scheideweg: Der Binnenmarkt ist ein großer Erfolg, doch die EU braucht jetzt mehr gemeinsame Politik für den gemeinsamen Markt. Die entscheidende Frage lautet: mehr gemeinsame Verantwortung oder Rückfall in nationalen Egoismus? Wir wollen nachhaltigen Wohlstand und sozialen Fortschritt, an dem alle EU-Bürgerinnen und Bürger teilhaben. An die Stelle der Lissabon-Strategie muss deshalb eine neue integrierte Wachstums- und



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Beschäftigungsstrategie treten, die den zeitlichen Rahmen bis zum Jahr 2020 umfasst. Diese neue Strategie muss eindeutige Prioritäten setzen, um die zentralen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Energiepolitik und des Klimawandels bestehen zu können. Mit unserem Antrag verfolgen wir eine Ausrichtung der künftigen Europa-2020-Strategie auf vier Prioritäten:

- **Beschäftigung und soziale Sicherheit** müssen gestärkt werden. Hierzu gehört vor allem eine Ausrichtung auf das Ziel der Vollbeschäftigung mit der Förderung qualifizierter und gut bezahlter Arbeit, mit der Verstärkung der Bildungsanstrengungen, der sozialen Daseinsvorsorge und nicht zuletzt der Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben.
- **Nachhaltige Wirtschaftspolitik** mit einem Umbau der Wirtschaft auf energie- und ressourcensparende Technologien und Verfahren, hin zu einem neuen CO₂-sparenden Wachstumsmodell, mit einer Regulierung der Finanzmärkte und einer Ausrichtung der Finanzwirtschaft auf langfristige Investitionen, mit einem Energiebinnenmarkt, der gemeinsame Versorgungssicherheit, grenzüberschreitende Energienetze und eine massive Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien anpeilt.
- Auch die externe Dimension **für eine faire weltweite Partnerschaft** muss gestärkt werden, die EU muss aktiver Teil einer globalen Verantwortungspartnerschaft sein.
- Schließlich ist **Europas Governance zu verbessern** durch Einrichtung einer Wirtschaftsregierung, die eine verbindlichere makroökonomische Koordinierung erreicht.

Wir brauchen eine intensive öffentliche Debatte über die neue Strategie. Die Verabschiedung der Europa-2020-Strategie soll daher nicht im ersten Halbjahr 2010 erfolgen, sondern erst auf dem Europäischen Rat im Dezember.

Menschenrechtsverteidiger brauchen den Schutz der Europäischen Union

Mit unserem Antrag „Menschenrechtsverteidiger brauchen den Schutz der Europäischen Union“ unterstützen wir die Initiative der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, den Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu verbessern. Die Verteidiger von Menschenrechten und ihre Familien gehen in vielen Staaten ein



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

besonders hohes Risiko ein. Sie werden häufig Opfer staatlicher Gewalt oder paramilitärischer Gruppen. Durch ihren Mut wurde die Lage der Menschenrechte auf der ganzen Welt wesentlich verbessert. Orientierung für die geplanten Maßnahmen ist die EU-Leitlinie zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Den Schwerpunkt seiner Initiative legt Spanien auf die Entwicklung lokaler Strategien zur Umsetzung der Leitlinien und auf die Einrichtung von Kontaktstellen für Menschenrechtsverteidiger in Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag unter anderem auf, die spanische Ratspräsidentschaft in ihrem Vorhaben zu unterstützen und auch an der Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern konstruktiv mitzuarbeiten. Die Bundesregierung soll darüber hinaus im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit Menschenrechtsverteidiger schützen und ihre Arbeit fördern. Gefährdete Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sollen zu ihrem Schutz befristet in Deutschland aufgenommen werden. Auch andere EU-Partner sollen hierzu ermutigt werden.

Zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide nach Abzug der Bundeswehr zügig ermöglichen

Die Regionen Prignitz-Ruppiner Land und Müritz waren in ihrer Entwicklung über Jahrzehnte gehemmt – erst durch den sowjetischen Truppenübungsplatz, dann durch die Planungen der Bundeswehr für einen Luft-/Boden-Schießplatz, dem so genannten „Bombodrom“. Nach jahrelangen Bemühungen von Bürgerinitiativen und auch politischer Seite hat das Bundesverteidigungsministerium vor kurzem entschieden, auf eine militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock (Kyritz-Ruppiner Heide) zu verzichten. Dem war ein eineinhalb Jahrzehnte währender Rechtsstreit vorausgegangen. Die endgültige Absage an einen solchen Truppenübungsplatz und damit der Verzicht auf Luftübungen und weitere militärische Nutzung in der Region eröffnet neue Chancen für die regionale Entwicklung. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gehört der Tourismus zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Die immer wieder geforderte Perspektive für eine zivile Nutzung des Geländes ist jetzt eröffnet. Mit klugen Nachnutzungskonzepten und einer Dekontamination des früheren Militärgeländes



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

kann die Kyritz-Ruppiner Heide zivil nutzbar gemacht werden. Insgesamt umfasst das Gelände 14.000 Hektar. Dies eröffnet vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Die Region kann unter anderem ein Ziel für Touristinnen und Touristen und Naherholungssuchende werden. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag dazu auf, die Folgen der jahrzehntelangen militärischen Nutzung jetzt zügig zu bewältigen und der Region auch eine Entwicklung als Tourismusstandort zu ermöglichen.

Wir werden diese Woche über vier Mandate zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr abstimmen:

- Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (**KFOR**) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999
- Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (**UNIFIL**) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1832 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 27. August 2008
- Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (**UNMIS**) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen
- Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (**UNAMID**) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Evaluierung der deutschen Beteiligung an ISAF und des deutschen und internationalen Engagements für den Wiederaufbau Afghanistans seit 2001

Das internationale Engagement in Afghanistan befindet sich in einer kritischen Phase. Anfang des Jahres 2010 wurde auf der Londoner Afghanistan-Konferenz ein Strategiewechsel im Sinne einer Übertragung der Verantwortung an das Land und eine deutliche Erweiterung des zivilen wie militärischen Engagements mit dem Ziel beschlossen, den militärischen Einsatz in einigen Jahren zum Abschluss zu führen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, sowohl die deutsche Beteiligung als auch das internationale Engagement einer umfassenden Evaluierung zu unterziehen, um vor einer möglichen Verlängerung des deutschen Einsatzes im Februar 2011 evtl. erforderliche Konsequenzen ziehen zu können. Als Ergebnis der Untersuchung soll erkennbar werden, in wie weit der begonnene Neuanfang in Afghanistan Veränderungen in bislang defizitären Bereichen erbracht hat und welche weiteren Anpassungen der Strategie für erforderlich erachtet werden. Aufbauend auf eine solche Evaluierung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, künftig quartalsweise fortlaufend über die Zielerreichung zu berichten. Zur Sicherstellung der parlamentarischen Begleitung des Verfahrens soll eine Kommission eingesetzt werden, die die wissenschaftliche Evaluierung begleitet und politische Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Stärkung der humanitären Lage in Afghanistan und der partnerschaftlichen Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist in zehn Provinzen Afghanistans mit Schwerpunkt im Norden und in Kabul aktiv. EZ-Institutionen arbeiten mit Schwerpunkten in den Bereichen Energieversorgung, Wasser, Wirtschaftsentwicklung sowie Grund- und Berufsbildung. Grundlegende Gesundheitsleistungen konnten in den vergangenen acht Jahren bereitgestellt und mehr als sechs Millionen Kindern der Besuch einer Grundschule ermöglicht werden. Die Aufstockung der Mittel und die Neuausrichtung des Mandats eröffnen hier die Chance, Entwicklung nachhaltig weiter zu befördern und die schlechte humanitäre Lage der Menschen dauerhaft zu verbessern. Eine erzwungene Vermischung von humanitärer Hilfe und militärischen Einsatz lehnen wir ab. Dennoch braucht der zivile



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Aufbau ein sicheres Umfeld. Hier leistet ISAF einen wichtigen Beitrag. Es muss unser Ziel sein, die Lebenssituation der afghanischen Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Dies ist eine Grundvoraussetzung für die Stabilisierung des Landes. Stabilität in Afghanistan ist immer auch regionale Stabilität. Es ist notwendig, eine kohärente Strategie zur Einbeziehung der Nachbarn Afghanistans vorzulegen und diese Länder, vor allem Pakistan, entsprechend bei der Umsetzung zu unterstützen. Darüber hinaus ist die regionale Zusammenarbeit mit den anderen wichtigen Nachbarstaaten wie Indien, Iran, China und den zentralasiatischen Staaten zu vertiefen.

Die Fußball-Weltmeisterschaft - eine Chance für Südafrika

Mit der Fußball-Weltmeisterschaft vom 11. Juni bis 11. Juli 2010 in Südafrika wird erstmals eines der großen Weltsportereignisse auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden. Die sportliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung dieses Ereignisses sowie die Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit reichen weit über die Zeit des unmittelbaren sportlichen Wettbewerbs hinaus. Die Weltmeisterschaft bietet die Gelegenheit, ohne Vorurteile auf ein Land zu blicken, das gesellschaftliche Umbrüche zu bewältigen hat und weiterhin vor großen Herausforderungen steht. In dem Antrag machen wir deutlich, dass es gerade diese Herausforderungen sind, die Deutschland als einen der wichtigsten Partner Südafrikas in Europa veranlassen sollten, es nicht bei dem Blick auf ein herausragendes Sportereignis zu belassen, sondern dieses als Anlass zu nehmen, die Partnerschaft auszubauen und damit einen Beitrag zur Förderung von Demokratie, nachhaltiger Entwicklung und Achtung der Menschenrechte zu leisten.

Unsere Meere brauchen Schutz

Die Meere bedecken etwa 70 Prozent der Erdoberfläche und spielen eine wichtige Rolle für Mensch und Umwelt. Die Meere sind Ursprung allen Lebens, sie sind Regulator für das Klima unserer Erde, sie bergen gewaltige Energieressourcen und bieten neben wichtigen Nahrungsquellen auch den Lebensunterhalt für Millionen Menschen. Ihr Schutz ist deshalb besonders wichtig. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, ihren Einfluss auf europäischer und



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

globaler Ebene geltend zu machen und für mehr Engagement für den Schutz unserer Meere einzufordern. Die Meeresumwelt ist ein kostbares Naturerbe, das für uns und unsere Nachkommen geschützt und mit dem Ziel bewahrt werden muss, biologisch vielfältige und dynamische Meeresökosysteme in einem sicheren, sauberen, gesunden und produktiven Zustand zu erhalten. Die für die Meeresökosysteme derzeit wichtigsten globalen Probleme sind: Überfischung, Zerstörung von Lebensräumen durch schweres Fanggeschirr, Eintrag gefährlicher Stoffe, Überdüngung, Verschmutzungen durch Öl, das Einschleppen invasiver Arten sowie Effekte von Lärmquellen, die zum Beispiel Meeressäuger stören und schädigen können. In zunehmendem Maße wächst die Bedrohung der Meere durch den Klimawandel. Deutschland muss als wichtiger europäischer Staat und Küstenanrainer seinen Einfluss geltend machen und auf europäischer und globaler Ebene mehr Engagement für den Schutz unserer Meere einfordern und selbst dafür einstehen.

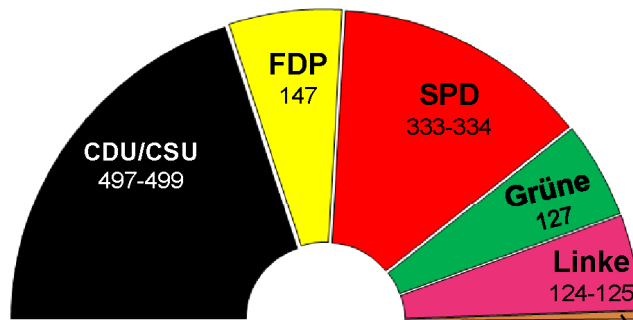


Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Grafik

Die Bundesversammlung

Voraussichtliche Zusammensetzung der
14. Bundesversammlung



**insgesamt:
1244 Mitglieder**
622 Mitglieder des Bundestages;
622 Delegierte der Landtage

CDU/CSU FDP-Mehrheit : 644 bis 646

**Freie Wähler 10
NPD 3
SSW 1**

Quelle: BMI

Stand 1. Juli 2010

Die Bundesversammlung wählt den Bundespräsidenten. Das sieht das Grundgesetz in Artikel 54 vor. Das Gremium setzt sich aktuell aus allen 622 Bundestagsabgeordneten und ebenso vielen Vertretern der Länder zusammen. Die Anzahl der Sitze pro Land richtet sich nach der Bevölkerungszahl. Nordrhein-Westfalen stellt mit 133 die meisten Wahlleute, Bremen mit fünf die wenigsten. Union und FDP haben eine Mehrheit in der 14. Bundesversammlung: Schwarz-Gelb stehen 644 bis 646 Sitze in der Bundesversammlung zu und damit mindestens 21 mehr, als für die Wahl des neuen Staatsoberhauptes notwendig sind.